

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Alexander S. Neu, Matthias Höhn, Heike Hänsel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

– Drucksache 19/6422 –

USA zur Rückkehr in den INF-Vertrag auffordern – Stationierung neuer Atomwaffen in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen

A. Problem

Nach Auffassung der Antrag stellenden Fraktion ist angekündigte Aufkündigung des Vertrags über landgestützte Mittelstreckenraketen (INF-Vertrag) durch die USA friedensgefährdend und sicherheitspolitisch kontraproduktiv.

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. die USA öffentlich zur Rückkehr in den INF-Vertrag bzw. zum Verbleib in dem Vertrag aufzufordern und zugleich gegenüber den USA öffentlich zu erklären, dass die Bundesrepublik unter keinen Umständen einer Stationierung neuer US-Atomwaffen auf ihrem Territorium zustimmen wird und
2. mit Staaten in Europa (nicht nur NATO-Mitgliedsstaaten) die Möglichkeiten eines gemeinsamen diplomatischen Handelns zu eruieren, um eine aktive Vermittlungspolitik zu beginnen, die beide Seiten - die USA und Russland - dazu bewegen soll, die Konflikte um die Verifikation des Vertrages in Gesprächen ohne Vorbedingung zu lösen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/6422 abzulehnen.

Berlin, den 16. Januar 2019

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Jürgen Hardt
Berichterstatter

Dr. Nils Schmid
Berichterstatter

Bijan Djir-Sarai
Berichterstatter

Petr Bystron
Berichterstatter

Stefan Liebich
Berichterstatter

Omid Nouripour
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Jürgen Hardt, Dr. Nils Schmid, Petr Bystron, Bijan Djir-Sarai, Stefan Liebich und Omid Nouripour

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/6422** in seiner 71. Sitzung am 13. Dezember 2018 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss und zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Auffassung der Antrag stellenden Fraktion ist angekündigte Aufkündigung des Vertrags über landgestützte Mittelstreckenraketen (INF-Vertrag) durch die USA friedensgefährdend und sicherheitspolitisch kontraproduktiv.

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. die USA öffentlich zur Rückkehr in den INF-Vertrag bzw. zum Verbleib in dem Vertrag aufzufordern und zugleich gegenüber den USA öffentlich zu erklären, dass die Bundesrepublik unter keinen Umständen einer Stationierung neuer US-Atomwaffen auf ihrem Territorium zustimmen wird und
2. mit Staaten in Europa (nicht nur NATO-Mitgliedsstaaten) die Möglichkeiten eines gemeinsamen diplomatischen Handelns zu eruieren, um eine aktive Vermittlungspolitik zu beginnen, die beide Seiten - die USA und Russland - dazu bewegen soll, die Konflikte um die Verifikation des Vertrages in Gesprächen ohne Vorbedingung zu lösen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/6422 in seiner 23. Sitzung am 16. Januar 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/6422 in seiner 23. Sitzung am 16. Januar 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE die Ablehnung.

Berlin, den 16. Januar 2019

Jürgen Hardt
Berichterstatter

Dr. Nils Schmid
Berichterstatter

Petr Bystron
Berichterstatter

Bijan Djir-Sarai
Berichterstatter

Stefan Liebich
Berichterstatter

Omid Nouripour
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.